



Pressespiegel

Ausgabe: 14.12.2016



IG BAU warnt vor Folgen wachsender sozialer Ungleichheit

Frankfurt am Main, 13.12.2016

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert eine Kurskorrektur in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. „Die Arbeitslosenquote ist schon längst nicht mehr der alleinige Maßstab dafür, wie es Deutschland geht. Viele haben zwar Arbeit, kommen aber dennoch mit ihrem Einkommen kaum über die Runden.

Sie kämpfen gegen sozialen Abstieg und Überschuldung an. Immer mehr verlieren diesen Kampf und fühlen sich von der Politik im Stich gelassen“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger anlässlich der Medienberichte über die wachsende Verschuldung aufgrund viel zu geringer Einkommen.

„Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns war ein richtiger Schritt. Er reicht allein aber noch nicht aus. Die Politik muss jetzt spürbar weiter umsteuern, damit den Menschen ihre Zukunftsängste genommen werden. Wächst die soziale Ungleichheit wie bisher weiter, werden die Rechtspopulisten nicht zögern, dies für ihre Zwecke auszunutzen.“

Nach Medienberichten arbeitete im Jahr 2014 jeder Fünfte für weniger als zehn Euro in der Stunde. Gleichzeitig steigt die Zahl der überschuldeten Haushalte, zitiert aktuell die Bild-Zeitung aus dem noch unveröffentlichten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Grund dafür sei immer häufiger die sogenannte Einkommensarmut.

Trotz seiner wirtschaftlichen Stärke leistet sich Deutschland den größten Niedriglohnsektor nach Litauen in Europa. Niedriglohn bezeichnet einen Verdienst von weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens in einem Land.

Lokalkompass